

"Koalition der Willigen", "Club der Großen", "Nordseegipfel" – Innovationsfähigkeit der EU am Limit?

3 Feb. 2026 07:10 Uhr

Die auf zentralisierte Macht, Vereinheitlichung und Expansion ausgerichtete EU stößt mit ihrem mittlerweile 27 Mitglieder umfassenden Apparat immer mehr an ihre Grenzen, wenn es darum geht, einstimmige Entscheidungen zum Wohle aller zu treffen. Die großen Volkswirtschaften gehen daher nun eigene Wege, um den Karren wieder aus dem Dreck zu ziehen.



© KI-generiert
Symbolbild

Von Pierre Levy

Die dritte Ausgabe des "Nordsee-Gipfels" fand am 26. Januar in Hamburg statt. Dieses Format wurde 2022 von vier Ländern – Dänemark, Deutschland, den Niederlanden und Belgien – ins Leben gerufen und später stießen Frankreich, Luxemburg, Irland sowie Norwegen und das Vereinigte Königreich (zwei Staaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Union sind) dazu.

Auf der Tagesordnung des Treffens stand ein gigantisches Windparkprojekt, dessen Leistung schrittweise ausgebaut werden soll, mit einer geplanten Kapazität von 300 Gigawatt Strom bis zum Jahr 2050. Ziel sei es, damit das weltweit erste "grüne" Energiebecken zu schaffen.

Ein solch ehrgeiziges Ziel erklärt, warum Bundeskanzler Friedrich Merz ebenso wie seine Amtskollegen aus Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Luxemburg und Norwegen persönlich anwesend sein wollten. Die anderen Länder waren auf Ministerebene vertreten. Auch ein Vertreter der NATO war auf dem Familienfoto zu sehen, was offiziell mit der Sensibilität der Verbundinfrastrukturen begründet wurde.

Bei dem Treffen wurden ein Plan und ein Investitionsrahmen zur Beschleunigung der Offshore-Windenergie in der Nordsee verabschiedet. Zwischen 2031 und 2040 soll so jährlich eine zusätzliche Kapazität von 15 Gigawatt installiert werden. Derzeit verfügen alle europäischen Länder zusammen nur über 37 Gigawatt, was das Ausmaß der auf dem Gipfel verkündeten Ambitionen verdeutlicht.

Zu den geplanten Maßnahmen gehört ein Instrument, das Investoren hinsichtlich der Rentabilität der Mittel, die sie für das Projekt aufwenden wollen, beruhigen soll. Dieses garantiert den betroffenen Unternehmen Mindesteinnahmen, auch wenn die Preise auf den Strommärkten künftig sinken sollten.

Die Initiatoren des Projekts preisen den Nutzen der regionalen Dimension, die indes Fragen des Anschlusses und der Vernetzung, aber auch der Sicherheit umfasst.

Der Hintergrund des Projekts ist natürlich der Zugang zu Energie, da die Versorgung mit russischen Kohlenwasserstoffen aufgrund der von der Europäischen Union verhängten Sanktionen drastisch zurückgegangen ist. Diese Sanktionspolitik ist maßgeblich für den erheblichen Anstieg der Energiepreise verantwortlich, insbesondere für europäische Industrieunternehmen, die in diesem Anstieg einen weiteren Grund sehen, anderswo zu investieren, insbesondere in den Vereinigten Staaten.

Für Deutschland kam noch die Entscheidung hinzu, sowohl aus der Kohle als auch aus der Kernenergie auszusteigen. Im letzteren Fall wies der Bundeskanzler auf einen "schwerwiegenden strategischen Fehler" seiner Vorgänger hin, hält es jedoch für zu spät, diesen zu korrigieren.

Man kann sich fragen, ob es sinnvoll ist, in einem solchen Ausmaß auf Offshore-Windenergie zu setzen. Auch wenn diese Technologie als "stabiler" als Solarenergie gilt, bleibt sie dennoch eine intermittierende Energiequelle.

Ein Problem, das Berlin natürlich nicht ignoriert. So sehr, dass es die Zustimmung der Europäischen Kommission zum Bau von 10 Gigawatt zusätzlicher "steuerbarer" Kapazitäten (d. h. Kapazitäten, deren Produktion ohne Abhängigkeit von äußeren Einflüssen gesteuert werden kann), hauptsächlich in Form neuer Gaskraftwerke, beantragt und Mitte Januar erhalten hat. Belgien und die Niederlande haben ihrerseits neue Kernkraftkapazitäten geplant, eine Quelle, die sowohl steuerbar als auch "kohlenstoffarm" ist.

Aber vielleicht ist das nicht das Wesentliche. Bemerkenswert an diesem Nordsee-Gipfel ist, dass er EU- und Nicht-EU-Länder zusammenbringt und dass die Europäische Kommission dabei keine Rolle spielt.

Zwar war der EU-Energiekommissar Dan Jørgensen in Hamburg anwesend, aber er spielte dort nur eine Nebenrolle. Niemand interessierte sich wirklich für das, was er auf der Pressekonferenz sagte, und auf seiner Webseite wird lediglich seine Teilnahme an Rundtischgesprächen sowie sein Besuch auf einem Forschungsschiff erwähnt.

Dieser Fall bestätigt also offenbar, dass die Strukturen und Institutionen der Europäischen Union völlig nutzlos sind, wenn es darum geht, ein konkretes Projekt zu planen und zu starten.

Eine solche Ad-hoc-Zusammenarbeit kann nicht nur ohne Brüssel und unter Einbeziehung von Nicht-Mitgliedstaaten durchgeführt werden, sondern vermeidet auch zahlreiche Vorschriften und Auflagen der EU (und die damit verbundene Bürokratie). Ein von der Kommission geleitetes Projekt dieser Art wäre unmittelbar einer Reihe von Auflagen im Zusammenhang mit der Verteidigung des freien und unverfälschten Wettbewerbs unterworfen gewesen.

Im Übrigen hielt es keiner der betroffenen Mitgliedstaaten für angebracht, einen Rahmen unter der Ägide der EU zu schaffen, wie beispielsweise das, was Brüssel als "verstärkte Zusammenarbeit" bezeichnet – ein Instrument, das es theoretisch einer begrenzten Anzahl von Ländern ermöglicht, Projekte zu konzipieren, an denen nicht alle 27 Mitgliedstaaten beteiligt sind.

Durch einen Zufall des Kalenders wurde etwa zur gleichen Zeit bekannt, dass sich eine Gruppe der sechs reichsten Nationen der EU informell gebildet hatte. Dieser sehr exklusive Club hielt am 28. Januar eine erste Sitzung (per Telefonkonferenz) ab, an der die Finanzminister Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Spaniens, der Niederlande und Polens teilnahmen.

Die Tagesordnung war nicht besonders originell: Sie habe es ermöglicht, "die Notwendigkeit einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU zu diskutieren", wie der polnische Minister mitteilte, der wahrscheinlich sehr stolz darauf war, dass sein Land in dieses Eliteformat aufgenommen worden war.

Die Schaffung dieser Konstellation ist jedoch nicht unbedeutend. Sie zeugt von den immer deutlicher werdenden Grenzen des 27-Staaten-Formats. Natürlich denkt man dabei an die verschiedenen "schwarzen Schafe" (Ungarn, Slowakei, Tschechische Republik), deren "Blockaden" Brüssel insbesondere in der Außenpolitik zunehmend kritisiert. Aber nicht nur das. Vor kurzem war es das doch sehr disziplinierte Belgien, das das Vorhaben einer Quasi-Beschlagnahmung der eingefrorenen russischen Vermögenswerte zum Scheitern brachte.

Auf jeden Fall ist es wahrscheinlich, dass die Erfindung dieses "Clubs der Großen" von denen, die nicht die Ehre hatten, eingeladen zu werden, wenig geschätzt wird. Letztere werden sicherlich daran erinnern, dass innerhalb der EU jedes Land "eine Stimme" hat, zumindest theoretisch.

Eigentlich ist das "Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten" ein alter Streitpunkt zwischen den 27 Mitgliedstaaten. Die jüngsten Entwicklungen scheinen jedoch die zunehmende Schwierigkeit der EU zu bestätigen, "mit einer Stimme zu sprechen", wie die Zunahme der Formate in der Außenpolitik (Koalition der Willigen, Trio Paris-Berlin-London...) zeigt.

Wenn man nun noch die Einrichtung des jüngsten "Nordsee-Gipfels" hinzufügt, scheint das gesamte Regierungssystem der Europäischen Union nach und nach unwirksam zu werden. Tatsächlich beginnt damit die Daseinsberechtigung der EU ins Wanken zu geraten.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln